

Festakt zum Stadtfreiheitstag, 9. November 2019

Festvortrag „Kommunale Selbstverwaltung oder Stadtfreiheit – Keimzelle der Demokratie in unserem Land“ – Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Vielen Dank für die Einladung und die herzliche Begrüßung.

Die Sache mit dem beliebtesten Oberbürgermeister muss immer relativiert werden. Derartige Umfrageergebnisse sind wie eine Münchner Weißwurst: Sieht schön aus, wenn sie vor dir liegt, aber du willst nicht wirklich wissen, woraus sie gemacht ist. Ähnlich ist es mit den Umfragen heutzutage, die sich nach Tagesform anpassen.

Ich musste schmunzeln, als Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer über die Regensburger Stadtgeschichte gesprochen hat. Wir haben nämlich gestern Abend das 800-jährige Bestehen des Freiheitsbriefes der Stadt Nürnberg gefeiert, und hätte sie in ihren Worten 1:1 Regensburg durch Nürnberg ersetzt, wäre das Gleiche herausgekommen.

Die „Freiheit“ der Freiheitsbriefe hat mit unserem heute verstandenen Sinn von Freiheit, die wir seit der Aufklärung und der Französischen Revolution kennen, nichts mehr zu tun. Im Nürnberger Freiheitsbrief stehen interessante Sachen, die dem Investitionsschutzabkommen von heute ähneln, beispielsweise der Schutz vor willkürlicher gerichtlicher Belangung und Zoll- sowie Münzfreiheiten. Diese ökonomischen Freiheiten waren der Ausgangspunkt dafür, dass sich Gemeinwesen entwickeln konnten, aus denen wiederum die uns heute bekannte kommunale Demokratie entstanden ist.

Der italienische Kulturhistoriker Salvatore Settis, der eine Streitschrift über die Stadt Venedig namens „Venedig stirbt“ geschrieben hat, formulierte einen treffenden Satz: „Mit Städten ist es wie mit Alzheimer-Patienten: Wenn sie ihr kollektives Gedächtnis verlieren, verlieren sie ihre Würde.“ Insofern lohnt sich eine Selbstvergewisserung der eigenen Geschichte – nicht, um sie stolzeschwellt vor sich herzutragen, sondern um den Wurzeln für Themen nachzuspüren, die uns umtreiben, und für Probleme, die uns möglicherweise heute mehr als noch vor einigen Jahren in unseren Rathäusern quälen. Der Wiener Alltagsphilosoph Karl Kraus sagte einmal über „seine“ Stadt: „Von meiner Stadt erwarte ich Asphalt, Straßenspülung, Heizung und Warmwasserleitung, Haustorschlüssel, sonst nichts, denn gemütlich bin ich selbst.“ Das erinnert an die starke Funktionalisierung und Verbetriebswirtschaftlichung der kommunalpolitischen Aufgaben, die sich in der Zwischen- und Nachkriegszeit auch in der Wissenschaft durchgesetzt hat.

Mit den bevorstehenden Kommunalwahlen 2020 gleicht die Suche nach der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister einem Beauty-Contest: Wer baut die schönste Wasserleitung? Zwar braucht jede Stadt eine Wasserleitung, aber das ist nicht das, was eine Stadt ausmacht. Es geht weniger um die gebaute Umwelt als vielmehr um die Menschen, die hier leben. Georg Simmel, Soziologe und Geograph, formulierte einmal: „Was ist eigentlich eine Stadt? Ist eine Stadt eine Ansammlung von Häusern, in denen auch Menschen wohnen, oder eine Anzahl von Menschen, die auch Häuser bauen?“ Da ich Letzteres für zutreffend halte, habe ich mich immer gegen eine Reduzierung auf diese Art des Beauty-Contests und Managerfunktionen in den Rathäusern gewehrt. Wasserleitungen

können Ingenieure besser bauen als wir Politiker. Es geht um die Frage, was uns letztendlich im Inneren zusammenhält, was Allgemeinwesen entweder sprengt oder inklusiv wirkt.

Derartige technokratische Definitionen sind inhuman und ahistorisch, da die Geschichte der europäischen Stadt eine ganz andere ist. Pausanias, ein römischer Reiseschriftsteller, schrieb vor

2 000 Jahren: „Einen Ort, der weder ein Amtsgebäude noch ein Theater, noch ein Gymnasium noch eine Agora besitzt, nicht Wasser, das in Brunnen fließt, einen solchen Ort kann man doch nicht Stadt nennen“. Diese Aufzählung der Gebäude und Infrastruktur sind die öffentlichen Einrichtungen, die uns heute prägen. Stadtfreiheit machte zunächst nicht die Freiheit *vom* Staat, sondern die Freiheit *zum* Staat aus – die Freiheit, sich staatlich – in unserem Fall: städtisch – zu organisieren.

Perikles schrieb: „Bei uns heißt einer, der am städtischen Leben keinen Anteil nimmt, nicht ein ‚stiller Bürger‘, sondern ein ‚schlechter Bürger‘“. Wie aktuell, obwohl die Aussage 2 000 Jahre alt ist. Es geht um die Frage, wie wir den öffentlichen Raum bespielen, oder ihn möglicherweise – fälschlicherweise – privatisieren; die Frage, wie wir Autonomie und Autarkie organisieren, wie kommunale Selbstverwaltung funktioniert, wie aus dieser Dichte von Menschen, die zusammenleben, kulturelle, wissenschaftliche, ökonomische Kreativität entsteht. Diese Dichte und Freiheit zur Autonomie sowie Autarkie sind konstitutiv für den ökonomischen Erfolg der freien Reichsstädte, für die kulturelle Kreativität und den wissenschaftlichen Fortschritt. Kommunalpolitik ist nicht die Frage nach Städte- und Straßenbau, sondern das permanente, beharrliche Arbeiten am Narrativ der eigenen Stadt. Das Narrativ darüber, was uns im Inneren zusammenhält. Was hält die Menschen hier? Warum gehen sie nicht? Das Zusammenleben von 50 000 oder 500 000 Menschen auf engstem Raum zu organisieren, ist kein Harmoniemodell. Wir leben deshalb so gut zusammen, weil alle Regensburger und Regensburgerinnen und Nürnberger und Nürnbergerinnen sich bemühen. Wir müssen den Versuch unternehmen, die alltäglich aus dieser Hitze der Dichte entstehenden Konflikte vernünftig und mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Märkte und Städte in Deutschland und in Europa leiden unter diversen Spannungen und Spaltungen. Die Kinderarmut ist in Deutschland in den Städten zuhause, nicht im ländlichen Raum. Das Statistische Bundesamt erhebt jährlich eine Rangliste der Städte, die die höchste Betroffenheit von Kinderarmut aufweisen. Leider befinden sich darin alle deutschen Großstädte.

Wir haben explodierende Wohnkosten. Weil auf den Finanzmärkten kein Geld mehr zu verdienen ist, fließt das Geld in Immobilien. Die Wohnungsnachfrage, die durch das Wachsen der Stadt entsteht, führt zu einer Spaltung zwischen Wohnungsbesitzenden und -suchenden, wie wir sie in früheren Phasen von Wohnungsnot in dieser Form nicht kannten.

Nürnberg und auch Regensburg können nicht in alle Richtungen weiterwachsen. Weil wir aufrechte Demokraten sind, laden wir die Anwohnerinnen und Anwohner ein, wenn wir ein neues Wohngebiet ausweisen. Das heißt, wir fragen Wohnungsbesitzerinnen und Wohnungsbesitzer, was sie davon halten, dass wir künftig angrenzende Gebiete mit Wohnungen bebauen wollen für Menschen, die wir nicht einladen können, weil sie noch nicht hier leben. Das ist einen Schritt weit Nachdenken über kommunale Demokratie. Was ist mit dem von Jean Jaques Rousseau postulierten Unterschied zwischen dem *Volonté de tous* – der Optimierung meiner eigenen Position – und dem *Volonté général*, dem Allgemeinwohl? Wie weit kommen wir, wenn wir in Bürgerversammlungen an das allgemeine Wohl

appellieren, wenn Menschen direkt betroffen sind? Darf nur der Anwohner einer Straßenbahn gegen sie stimmen oder zählt nicht auch die Meinung der Passagiere, die später darin sitzen? Wer stellt in diesen kritischen Konstellationen das allgemeine Wohl wieder her?

Wir stehen einer Halbe-Halbe-Gesellschaft gegenüber: Etwas mehr als die Hälfte unserer Stadtgesellschaft geht regelmäßig wählen, aber 40 Prozent tun dies nicht. Für wen machen wir Politik? Für die Hälfte, die nicht wählen geht, mit dem Risiko, die Hälfte zu verärgern, die wählen geht? Früher hieß es in meiner Partei, wir machen „Stellvertreterpolitik“; wir sind stellvertretend unterwegs für die, die sich selbst nicht artikulieren können. Der Begriff ist angestaubt, aber nicht falsch geworden. Wir unternehmen alle erdenklich möglichen Formen von Partizipation und Bürgerbeteiligungen, aber damit erreichen wir nichts, wenn die zweite Hälfte nicht kommt. Und die zweite Hälfte sind nicht die, die uns böse Briefe schreiben, sondern die, die die Straßenseite wechseln, wenn sie einen CSU- oder SPD-Infostand sehen, damit wir sie nicht anstecken können. Menschen also, die ein Stück weit verloren gegangen sind für diesen Staat und seine Ebenbilder, die Städte. Diese Halbierung der Gesellschaft in wählende und nicht wählende Bürger geht im Alltagsgeschäft oft unter, muss aber beachtet werden.

Ein gutes Beispiel dafür war das Volksbegehren in Hamburg über eine längere gemeinsame Grundschulzeit von Kindern. Gegen diese längere gemeinsame Grundschulzeit haben diejenigen gestimmt, deren Kinder sie nicht brauchen, und nicht zur Abstimmung gegangen sind die, deren Kinder sie gebraucht hätten. Wir lassen mit dem Mittel der Demokratie also eine weniger betroffene Hälfte entscheiden. Wenn wir aber direkte Demokratie praktizieren, muss uns die Repräsentativität und Nicht-Repräsentativität dessen bewusst sein. Nicht jeder, der am lautesten protestiert, hat Recht, und die Mehrheit liegt manchmal falsch. Kommunalpolitik muss ein gewisses Missverhältnis ausgleichen.

Die Frage, die sich stellt, ist: Was bindet uns an unsere Gemeinden? Denn das ist die Voraussetzung für Demokratie. Dazu gehört, dass Menschen sich ärgern, denn Ärger ist eine Form des Gefühls, das nur auftritt, wenn mir eine Sache wichtig ist. Als über Stuttgart 21 diskutiert wurde, gab es eine wunderbare Situation in einer Politiksendung im Fernsehen: Eine gut gekleidete ältere Dame protestierte gegen den Bahnhof und wurde von einem Journalisten nach dem Grund dafür gefragt. Ihre Antwort lautete: „Weil das mein Bahnhof ist“. Das ist juristisch zwar nicht haltbar, drückt aber eine Empathie für eine öffentliche Einrichtung durch die Bürger aus. Etwas Besseres kann uns nicht passieren, denn diejenigen, denen es egal ist, was passiert, sind an der Stelle schwieriger abzuholen.

Es hat auch mit Heimatgefühl zu tun. Heimatgefühl hat nichts mit einer Postadresse zu tun. In unseren Städten wohnen Menschen mit vielen Heimaten, Identitäten und Identifikationen in ihren Köpfen und Herzen. Heimat findet entweder dort statt oder hier. Heimat ist die Projektionsfläche für Sehnsucht nach bleibenden Werten in einer Welt, in der sich das Rad immer schneller dreht. Da es keine letztgültige Definition des Begriffs Heimat gibt, hier eine lyrische Definition von Ernst Bloch: „Heimat sagt, es ist das, was uns allen in unsere Kindheit scheint und wo doch noch niemand war.“

Vielleicht ist das, was die Menschen hält, die Selbstverwaltung und Möglichkeit, sich einzumischen. Es geht nicht ohne Empathie. Die Bindungskräfte sind in Deutschland erschüttert. Da sind rechtspopulistische Parteien, die uns als demokratische Parteien schwächen. Das Phänomen der Angst ist mittlerweile in unserer Gesellschaft verankert.

Viele sagen, es geschah in den Jahren 2013 und 2015 durch die Zuwanderung der vielen Flüchtlinge. Dass das nicht zutrifft, machen soziologische Studien deutlich: Sie zeigen, dass es Schichtungen der Angst gibt, Zukunfts- und Statusverlustängste und dass diese auf „die vielen Fremden“ projiziert werden. In Deutschland lebten 2013 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, 8,5 Millionen Passausländer und 4,5 Millionen Muslime. Zu uns gekommen sind insgesamt rund 1,2 Millionen Flüchtlinge. Die Angst vor Überfremdung kann also nicht der alleinige Grund sein. Darunter liegen die genannten Ängste vor Statusverlust, vor sozialem Abstieg. Die meisten Menschen antworten auf die Frage, wie es ihnen heute materiell geht, mit „gut“. Schon deutlich weniger optimistisch ist man bei der Frage „Glauben Sie, dass es Ihren Kindern einmal so gut gehen wird wie Ihnen heute?“ Das bedeutet, es ist kein aktueller Faktor, sondern die Angst, dass es der nächsten Generation schlechter gehen könnte. Heinz Bude, Soziologe, sagte: „Wir sind in unserer Jugend in eine Gesellschaft der Verheißungen hineingeboren worden. Im Jahrgang '60, da war die Welt auch nicht immer anders. Die Mauer ist gebaut worden, die Kubakrise war, Koreakrieg, später der Vietnamkrieg“, trotzdem sei er mit dem Wissen durch seine jungen Jahre gegangen, dass aus ihm einmal was werde. Meine Kinder sind Mitte 20, studieren, und sind nachdenklicher hinsichtlich der Zukunft als ich es war. Bude hat dieses Angstphänomen in einen passenden Satz gefasst: „Wer Angst hat, der verkennt das Wirkliche, vermeidet das Unangenehme und verpasst das Mögliche.“

Ein Beispiel dafür stammt aus einem Fernsehbericht über eine Pegida-Demonstration in Dresden: Eine junge Frau beklagt, in Dresden gäbe es mehr Moscheen als christliche Kirchen. Das entspricht nicht der Wahrheit – in Dresden gibt es wenige Muslime, dementsprechend auch nur drei Moscheen. Ein Reporter sagt der Frau, dass ihre Aussage falsch ist, sie antwortet: „Das sehe ich anders“. Mit einem rationalen Argument kommen Sie an der Stelle nicht weiter. Zur Vermeidung des Unangenehmen: Diese junge Frau wird niemals als Flüchtlingshelferin in einer Einrichtung arbeiten und sehen, dass dort auch nur Menschen leben. Am Ende verpasst sie, was für sie in unserer Gesellschaft möglich gewesen wäre. Schuld daran, dass aus ihr nicht geworden ist, was sie wollte, sind dann *die*. Damit haben wir umzugehen.

Ich habe in den vergangenen Wochen Theodor W. Adornos Buch „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ aus dem Jahr 1967 gelesen. Er beschreibt das Phänomen der „diffusen Identitäten“. Alexander Gauland sagte am Wahlabend der Bundestagswahl 2018: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen“. Wer ist „uns“? Was ist „unser Land“? Zählt er die 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund und acht Millionen Passausländer dazu? Und von wo oder wem zurückholen? Diese Identitäten leben von ihrer Diffusität, der Abgrenzung nach außen und der Uminterpretation von Gleichheit zur Identität und Verschiedenheit zur Ungleichheit. Dabei ist die Verschiedenheit der Menschen und die kulturelle Vielfalt das Schönste, was Gott uns geschenkt hat. Die Frage der kulturellen Vielfalt ist kein Wettbewerb der Ethnien und Religionen, bei dem ein Sieger in unseren Rathäusern gekürt wird. Es ist ein permanenter Prozess. Wir führen in Stadtgesellschaften die Diskussion, wie verschieden wir sein sollen. Dabei waren die mittelalterlichen Städte schon verschieden, es gab Patrizier und Entrechtete. Nürnberg wurde Anfang des 16. Jahrhunderts im Zuge der Reformation evangelisch. Als die Industrialisierung im 19. Jahrhundert voranschritt und Arbeitskräfte in der Wirtschaft dringend benötigt wurden, kamen als solche viele Katholiken aus der Oberpfalz und längst war die Stadt nicht mehr evangelisch.

Den Ausbau der Freiheit, den uns der frühere Schutz der Stadtmauern ermöglicht hat, muss die Stadt heute noch garantieren. Räume für die individuelle Entfaltung, für die Kreativen und Wissenschaftler, für das öffentliche Aushandeln dessen, was der Stadt Bestes ist, Laboratorium für Demokratie – immer noch mit der Rücksicht auf die Repräsentativität der Meinungen. Die kulturelle Vielfalt, die Freiheit und freie Zugänglichkeit der öffentlichen Räume sind besonders wichtig.

Gerhard Matzig, der Architekturkritiker der Süddeutschen Zeitung, hat einmal zu Recht geschrieben, es gäbe deutsche Städte, die rot-weißes Absperrband in ihr Stadtwappen aufnehmen sollten, weil sie beständig öffentliche Räume privatisieren. Die Stadt lebt vom öffentlichen Raum; unsere eigene Individualität kann sich nur in dem Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Raum entwickeln. Wenn ich im Dienstanzug einkaufen gehe, führe ich Gespräche mit den Bürgern, die oft mal mit dem Satz „Was haben Sie jetzt wieder für einen Mist gebaut?“ beginnen. Aber dafür ist diese Art des Austauschs da, eine Auseinandersetzung über der Stadt Bestes.

Diese Garantien für städtisches Leben, die im übertragenden Sinne früher die Stadtmauern geschützt haben, sind die Grundvoraussetzungen für ein existierendes demokratisches Gemeinwesen. Letztlich ist es unser Job, diese Garantien zu schützen und einzuhalten.

Ich möchte mit einem Zitat von Max Weber aus dem Buch „Politik als Beruf“ aus dem Jahr 1919 schließen: „Die müssen sich wappnen mit jener Fähigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnung gewachsen ist, jetzt schon, sonst werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber: ‚dennoch!‘ zu sagen vermag, nur der hat den ‚Beruf‘ zur Politik.“

Übersetzen würde ich das folgendermaßen: Politik ist wie Bügelwäsche – immer wenn du meinst, du bist fertig, kommt ein neuer Haufen dazu.